

Fabian Kessl
Hans-Uwe Otto (Hrsg.)



Territorialisierung des Sozialen

Regieren über soziale Nahräume

Verlag Barbara Budrich



Territorialisierung des Sozialen

Fabian Kessl
Hans-Uwe Otto (Hrsg.)

Territorialisierung des Sozialen

Regieren über soziale Nahräume

Verlag Barbara Budrich,
Opladen & Farmington Hills 2007

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2007 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-86649-098-7 / eISBN 978-3-86649-858-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Fabian Kessl & Hans-Uwe Otto

Von der (Re-)Territorialisierung des Sozialen.

Zur Regierung sozialer Nahräume – eine Einleitung 7

Teil I

Politiken der Räumlichkeit.

Von der territorialen Neuprogrammierung des Sozialen

Bob Jessop

Raum, Ort und Maßstäbe.

Territorialisierungsstrategien in postfordistischen Gesellschaften 25

John Clarke

Die Neuerfindung der Community?

Regieren in umkämpften Räumen..... 57

Martina Löw

Zwischen Handeln und Struktur.

Grundlagen einer Soziologie des Raums 81

Heinz Sünker

Alltag, Raum und Gesellschaft 101

Teil II

Regieren über Sicherheit.

Eingriffe in kommunale Territorien

Kevin Stenson

Das Lokale regieren.

Der Kampf um Souveränität im ländlichen England 117

Susanne Krasmann

Punitivität als Kennzeichen nahraumorientierter

Interventionsstrategien im fortgeschrittenen Liberalismus 143

Timm Kunstreich & Michael Lindenberg

Kommunaler Raum als sozialer Raum der Machtkämpfe.

Eine Betrachtung lokaler Sicherheitspolitik mit drei Fallgeschichten 157

Daniel Gilling

Territorialisierung und Community:

Sicherheitspolitik in Großbritannien 171

Teil III

Strategien der Territorialisierung in (sozial)pädagogischen
und (sozial)politischen Feldern

Maria Bitzan

Weibliche Sozialräume? Lokale Handlungsbedingungen

unter geschlechtertheoretischer Perspektive 193

Helmut Richter & Thomas Coelen

Kommunale Identitätsbildung.

Von der (Re-)Sozialisierung des Territorialen 215

S. Karin Amos

Das amerikanische „Urban Ghetto“ als sozial-räumlicher

Ausdruck prekärer gesellschaftlicher Mitgliedschaft 233

Jens S. Dangschat

Wohnquartiere als Ausgangspunkt sozialer Integrationsprozesse 255

Peter Bartelheimer

Der Sozialraum in Sozialer Arbeit

und kommunaler Sozialberichterstattung 273

Walter Lorenz

Spacing Social Work – zur Ambivalenz der Sozialraumnähe

im Zeichen der Globalisierung 295

Fabian Kessl & Hans-Uwe Otto

Von der (Re-)Territorialisierung des Sozialen. Zur Regierung sozialer Nahräume – eine Einleitung

Die Erfahrung von Unsicherheit führt im Deutschen Bund und nachfolgend im Deutschen Reich im 19. Jahrhundert dazu, dass neue Formen entwickelt und nach Ansatzpunkten gesucht wird, in welcher Weise und an welcher Stelle soziale Zusammenhänge zielgerichtet gestaltet werden können. Die „soziale Frage“ wurde in diesen Jahren auf die Tagesordnung gesetzt. Antwort auf diese Frage sollte ein „wohlerwogenes Eingreifen (...) zum Schutz der berechtigten Interessen aller Beteiligten“ geben (zit. nach Evers/Nowotny 1987: 127), wie es 1872 im Einladungsschreiben des *Vereins für Sozialpolitik* heißt, einem der einflussreichen Zusammenschlüsse im Prozess der Implementierung des deutschen Wohlfahrtsstaats (zit. nach Evers/Nowotny 1987: 127). Die in diesem Zitat bereits skizzierte politische Übereinkunft zur kollektiven Sicherung im Fall menschlicher Lebensrisiken ist die Grundlage des neuen politischen Programms: der staatlichen Gestaltbarkeit von Gesellschaft. Seinen institutionellen Ausdruck findet dieses Programm in der Folgezeit im entstehenden wohlfahrtsstaatlichen Arrangement, bestehend aus dem Sozialversicherungssystem, den Versorgungs- und den Fürsorgeinstanzen – beispielsweise der Sozialen Arbeit. Die Implementierung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements stellt somit die historische Etablierung einer zivilisatorischen Kontrollorganisation dar: Es „ist nicht mehr eine beständige Unsicherheit, die sie (die Kontrollorganisation; FK/HUO) in das Leben des Einzelnen hineinträgt, sondern eine eigentümliche Form von Sicherheit“ (Elias 1976/1990: 325). Norbert Elias weist damit auf die zivilisatorische Doppelbödigkeit hin, die sich im Fall des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements in dem Normalisierungsanspruch zeigt, der mit dem Sicherheitsversprechen an die Gesellschaftsmitglieder konstitutiv verbunden wird. Eine Tatsache, die von den sozialpolitisch argumentierenden Zeitgenossen allerdings eher verschwiegen wurde. Sie präsentierten das Programm einer (teil)kollektiven Existenzsicherung eher als größte „zivilisatorische Errungenschaft“, mit dem „das Mitgefühl der gebildeten Klasse an dem Geschehe der Millionen geweckt (wird), die bisher in der Geschichte nur als bewußtlose Werkzeuge den bevorzugten Ständen gedient haben“, wie beispielsweise Bruno Hildebrand 1848 in seiner *Nationalökonomie* schreibt (zit. nach Pankoke 1970: 50). Wolfgang Fach hat diese Selbstdarstellung der

wohlfahrtsstaatlich organisierten Welt treffend in Worte gefasst: Sie „zeigt Herz – jedenfalls vermittelt sie, im Tausch gegen Engagement, so etwas wie Nestwärme und entwertet, ja ersetzt den häuslichen Kosmos“ (Fach 2003: 137).

Die (teil)kollektiven sozialen Sicherungssysteme (*Sozialversicherung*) und pädagogischen Normalisierungsinstanzen (*Soziale Arbeit*, aber auch die *öffentliche Regelschule*) werden innerhalb nationalstaatlicher Territorien implementiert. Die „Politik der Vorsorge“ (Ewald 1986/1993: 242ff.), das heißt die Gestaltungsprinzipien für das „komplexe Spiel zwischen individuellen und kollektiven Interessen, zwischen dem Gleichgewicht des Marktes und der Herrschaft der öffentlichen Gewalt“, findet ihre Realisierung in Bezug auf die Bevölkerung einzelner nationalstaatlicher Gebilde (Foucault 1979/2004: 73; vgl. Castel 1995/2000: 18). Soziale Sicherungssysteme realisieren sich im Rahmen nationalstaatlicher Formationen, das heißt der territoriale Rahmen sozialer Sicherungssysteme und pädagogischer Normalisierungsinstanzen wird von den Grenzen des jeweiligen Nationalstaats markiert. Das auf das Mittel legitimer Gewaltsamkeit „gestützte Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“ (Weber 1921/1980: 822), der Nationalstaat, realisiert sich in seiner mitteleuropäischen Gestalt als institutionelle Ausprägung, die den Einzelnen vor Lebensrisiken schützen soll und ihn zugleich dazu verpflichtet, sich bestimmten Standards der Lebensführung zu unterwerfen. Wohlfahrtsstaatliche Regierungsinstanzen sehen sich „legitimiert festzulegen, was gesamtgesellschaftliche Rationalität ist“ (Schui/Blankenburg 2002: 12; vgl. Preuß 1990: 109ff.). Bezugsgröße der wohlfahrtsstaatlichen Regierungsinstanzen ist die nationalstaatlich verfasste Bevölkerungsgruppe – einerseits als kollektive und andererseits als Einheit individueller Subjekte. Denn die Bestimmung der als normal standardisierten Lebensführungsweisen geschieht in Bezug auf die Gesamtbevölkerung (*Normalverteilung*). Angerufen, diese Lebensführungsweisen auch alltäglich zu realisieren, werden die Gesellschaftsmitglieder aber als Teil dieser Bevölkerungsgruppe jeweils individuell: Der Einzelne soll „von klein auf an ein beständiges und genau geregeltes An-sich-Halten gewöhnt (werden)“ (Elias 1976/1990: 320). Wenn der Prozess, in dem ein Territorium entsteht, als „Territorialisierung“ bezeichnet werden kann (Reutlinger 2001: 79), stellt die Implementierung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements somit eine nationalstaatliche *Territorialisierung des Sozialen* dar. Das heißt, die Etablierung der Nationalstaaten seit dem 19. Jahrhundert basiert zunehmend auch auf der erfolgreichen Installierung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements.

Im 19. Jahrhundert wird der Nationalstaat als Wohlfahrtsstaat und der Wohlfahrtsstaat als Nationalstaat insofern zu einer „Art 'soziales Binde-mittel‘“ (Krasmann 2003: 106). Das Soziale im engen Sinne wird installiert,

das heißt ein öffentlich organisierter Sektor aufgebaut, in dem die aktive Unterstützung und geplante Beeinflussung der alltäglichen Lebensführungsweisen institutionell verfasst ist. Diese Einführung des Sozialen (im engen Sinne) markiert insofern den Beginn einer „allmählichen Subsumtion des Politischen unter das Soziale (Lemke 1997: 223)“ (ebd.: 99). Das Soziale wird regiert, so Michel Foucault (Elias 1976/1990: 325). Regierung beschreibt in diesem Sinne eine „ereignishafte und regionale Eigenschaft“ (Sennelart 2004: 482) einer bestimmten Form der Staatlichkeit, die die Dominanz der vormaligen Formationen des Souveränitäts- und Disziplinarstaats überformt. Analytisch tauglicher als dieser enge Begriff der Regierung erscheint uns allerdings der von Foucault in den nachfolgenden Vorlesungen verwandte weitere Regierungsbegriff, mit dem Regierung als ein „Analyseraster für die Machtverhältnisse‘ im allgemeinen“ verstanden wird (ebd.: 483). Spezifische Regierungsformationen sollten daher als solche qualifiziert und insofern im vorliegenden Fall als „wohlfahrtsstaatliche Regierungsweisen/Gouvernementalitäten“ bezeichnet werden.

Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts lassen sich verschiedene Prozesse beobachten, mit denen die bisherigen nationalstaatlichen Regierungsformationen – diese Formen der Ordnung des sozialen Raumes (Bourdieu) also – grundlegend verändert werden. Räumliche Zusammenhänge „oberhalb“ und „unterhalb“ der Nationalstaaten gewinnen zunehmend an Relevanz. Die Regulationsmechanismen „der territorial begrenzten fordistischen Wohlfahrtsstaaten“ werden teilweise modifiziert und teilweise reduziert (Candeias 2004: 286). Grund dafür scheint vor allem eine ökonomisch-marktliberale Neujustierung politischer Regulierungsstrukturen zu sein: „Die keynesianische Form der staatlichen Regulierung, dort korrigierend oder kompensierend einzugreifen, wo die Marktkräfte versagen, wird durch Formen der De- und Reregulierung ersetzt“ (ebd.). Zu beobachten ist also die Verlagerung einer ganzen Reihe der bisher Nationalstaaten zugewiesenen Regulierungskompetenzen auf transnationale Ebenen (vgl. ebd.: 284ff.). Die bisherige Territorialisierung des Sozialen wird neu formatiert. Während ökonomische Produktionsprozesse und Prozesse der Wissens(re)produktion zunehmend de-territorialisiert werden (vgl. Hardt/Negri 2000/2002: 37), wird das Soziale in kleinräumigen Formaten neu territorialisiert. Während also die Regulierung des Marktgeschehen an vielen Stellen auf eine Ebene des Transnationalen verlagert wird oder mit Bezug auf diese verändert wird, wird das Substitut für die bisherige nationalstaatliche Integrationspolitik auf der Ebene unterhalb des Nationalstaatlichen ausgemacht. Die regionalen und lokalen sozialen Zusammenhänge sollen den Gesellschaftsmitgliedern als kleinräumige „Identitätsräume“ einen Ersatz für die bisherigen national-staatlichen Gemeinschaften anbieten. Statt der wohlfahrtsstaatlichen Integra-

tionspolitik wird deshalb eine kleinräumige Inklusionspolitik etabliert. Die bisherige wohlfahrtsstaatliche Regierung des Sozialen als Regierung einer nationalstaatlich verfassten Bevölkerungsgruppe wird in eine *Regierung über soziale Nahräume* überführt, das Soziale also in dieser neuen Form territorialisiert.

Diesen Prozess der Rekonfiguration des Regierungsterritoriums in Form sozialer Nahräume – oder in der englischsprachigen Variante terminologisch noch treffender: diese Rekonfiguration in Form von „Communities“ (Rose 1996: 332) – beleuchten die Beiträge dieses Bandes aus unterschiedlichen Perspektiven.

Im ersten Teil systematisieren *Bob Jessop, John Clarke, Martina Löw* und *Heinz Sünker* die neuen Politiken der Räumlichkeit staatstheoretisch, raumsoziologisch und politisch-ökonomisch. *Susanne Krasmann, Kevin Stenson, Timm Kunstreich/Michael Lindenberg* und *Daniel Gilling* wenden sich im zweiten Teil der veränderten Regierung über Sicherheit im Rahmen der aktuellen Re-Territorialisierungsprozesse zu. Im dritten Teil diskutieren *Maria Bitzan, Helmut Richter/Thomas Coelen, S. Karin Amos, Jens S. Dangschat, Peter Bartelheimer* und *Walter Lorenz* zentrale Aspekte der aktuellen kleinräumigen Re-Formatierung des Sozialen mit Bezug auf die pädagogischen Handlungsfelder, vor allem die Soziale Arbeit und die Schule.

Bob Jessop beleuchtet in seinem Eröffnungsbeitrag des ersten Teils die politisch-ökonomische Dimension der Territorialisierung des Sozialen. Im Fokus seiner regulations- und staatstheoretischen Vergewisserung stehen die Begriffe des Raumes, des Ortes und des Maßstabs (*Scale*). In den Territorialisierungsprozessen der letzten Jahre sieht Jessop ein Symptom des grundlegenden Umbaus des bisherigen Keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Dieses bisherige – paternalistische – Staatsmodell werde nun in das aktivierende Modell eines Schumpeterianischen Workfare Staats überführt. Zwar sei diese Transformation noch im vollen Gange, dennoch seien bereits Tendenzen auszumachen, in welche Richtung sich das neue Politikmodell entwickelt. Zur systematischen Einordnung des zukünftigen post-nationalen Arrangements differenziert Jessop daher vier mögliche idealtypische Entwicklungspfade: einen neo-liberalen, einen neo-korporatistischen, einen neo-dirigistischen und einen neo-kommunitaristischen. Jessop ermöglicht damit eine Systematisierung der aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Sozialen.

Mit seinem Beitrag schließt *John Clarke* an die staatstheoretische Vergewisserungsperspektive Jessops an. Im Unterschied zu diesem nimmt Clarke die verstärkte politische Anrufung der Communities in den Blick. In den

europäischen Nationalstaaten, so Clarkes Ausgangsthese, ist aktuell die Entwicklung und Umsetzung von politischen Strategien zu beobachten, die auf ein Regieren durch Gemeinschaft(en) als spezifische Territorialisierungsstrategie zielen. Diese neuen Regierungsweisen fragmentieren den bisherigen nationalstaatlichen Raum und verändern damit die Kontaktpunkte zwischen Bürger und Staat, das heißt die Punkte, an denen die Regierung ansetzt. Das Lokale rückt ins Zentrum des Regierungsinteresses. Allerdings dürfe dieser Hinweis nicht dahingehend missverstanden werden, so Clarke, dass das „Nationale“ dem „Lokalen“ gegenüber gestellt sei. Denn Nationalstaaten existierten immer schon erst als Raum von lokalen Räumen und als Teil des internationalen Raumes. Wenn man die unterschiedlichen Einschätzungen, was im Zentrum der veränderten Regierungsweisen steht, sichtet – die Annahme einer Auflösung des Nationalen, einer Aufwertung des Lokalen und einer Zersplitterung des Sozialen – so fällt eine Gemeinsamkeit auf. Sie alle verorten das Auftauchen der Community als Bestandteil umfassender politischer Neujustierungsprozesse. Diese Erkenntnis ist für Clarke deshalb von zentraler Bedeutung, weil sie darauf verweist, dass das Regieren über Communities als Teil einer Umgestaltung der Staatsformation(en) insgesamt betrachtet werden muss. Und das Staatsleben stelle im Sinne Gramscis bekanntlich immer eine Serie instabiler Gleichgewichte dar. Gerade diese Instabilitäten gelte es daher in den Untersuchungsfokus zu rücken. Eine Perspektive, die gerne übersehen wird, so Clarke, wenn nicht zwischen den Zielen, die innerhalb der neuen gouvernementalen Programme vorfindbar sind und deren praktischen Realisierungsformen unterschieden wird.

Martina Löw wendet in ihrem Beitrag den Blick auf die Möglichkeiten einer angemessenen raumtheoretischen Kontextualisierung der Territorialisierungsprozesse. Raum hat wissenschaftliche Konjunktur. Allerdings erweist es sich für eine raumtheoretische Perspektive als unzureichend, so Löw, Raum nur als Territorium zu begreifen. Notwendig sei dagegen eine handlungstheoretische Grundlegung, mit der von der Doppelexistenz des Raumes als strukturierender Anordnung und als Handlungselement ausgegangen wird. Damit markiert Löw eine entscheidende konzeptionelle Schwachstelle der Territorialisierungsstrategien: die Verkürzung des sozialen Raums auf einzelne nähräumliche Einheiten. Zur systematischen Verortung ihrer handlungstheoretischen Perspektive rekonstruiert Löw zentrale raumtheoretische Traditionslinien: die Studien von Henri Lefèbvre, die marxistischen Ansätze von David Harvey und Edward Soja und vor allem die Theorie der Strukturierung von Anthony Giddens. Löw knüpft mit ihrer handlungstheoretischen Raumdefinition vor allem an den Giddenschen Entwurf an. Die Unterscheidung von prozesshaftem Handeln und räumlichen Bedingungen

stehe im Zentrum einer Raumsoziologie. Allerdings gehe Giddens mit seinem raumtheoretischen Zugang (noch) nicht weit genug. Denn er nimmt Raum, so Löw, nur als das in Orte eingelassene Setting in den Blick und vernachlässigt damit die Differenzierung von Raum und Ort als eigenständige sozialwissenschaftliche Begriffe. Löw schlägt daher eine Überführung des Giddenschen Modells der Dualität von Struktur und Handeln in eine Dualität von Raum und Ort vor. Räume versteht Löw dann als relationale Anordnungen, die als gesellschaftliche Strukturen sowohl dem Handeln vorgängig sind als auch eine Folge des Handelns darstellen.

Auch *Heinz Sünker* nimmt in seinem Beitrag explizit Anschluss an die Überlegungen Henri Lefèbvres. Sünker fragt allerdings im Unterschied zu Löw nach dem raumtheoretischen Beitrag Lefèbvres für eine materialistische Gesellschaftstheorie. Damit stellt sich die Frage nach den Bedingungen und Formen der Vergesellschaftung der Mitglieder einer Gesellschaft, nach der Integrationskraft einer Gesellschaftsformation und der Konstitution von Handlungsmöglichkeiten. Henri Lefèbvre hat mit seinem Ansatz einer Kritik des Alltagslebens, die die Kritik der politischen Ökonomie übergreift, die besondere Bedeutung von Raum und Zeit, deren historisch-gesellschaftlicher Formung, für Gesellschaftsanalyse wie die Analyse der Gestalten sozialer Praxis herausgestellt. Mit der Analyse des Alltagslebens beginnt somit, so Sünker, eine Gesellschaftsanalyse, die die konkreten Lebensbedingungen und Lebensweisen der Menschen aufschlüsselt, und die Frage nach gesellschaftlichen wie individuellen Alternativen zu Leben und Vergesellschaftung – jenseits kapitalistischer Muster – thematisiert. Einer derartigen materialistischen Perspektive stellt sich also die Aufgabe, die Bedingungen der Konstitution von Alltäglichkeit mit der Perspektive ihrer radikalen Veränderung zu vermitteln und damit den Schritt vom Wirklichen zum Möglichen ans Licht zu holen. Lefèbvre diagnostiziert bereits Anfang der 1970er Jahre einen neo-kapitalistischen Kommodifizierungsprozess des städtischen Raums, wie er sich spätestens mit den heutigen Territorialisierungsprozessen des Sozialen realisiert hat. Damit fixiert sich im Globalisierungsprozess die Macht im städtischen Raum, zugleich könnte aber aus der neuartigen Konfrontation zwischen Zeitlichem und Räumlichem auch das Widerstandspotenzial zur Etablierung einer demokratischen Weltgesellschaft erwachsen, so Sünker resümierend.

Den zweiten Teil des Bandes zur Regierung über Sicherheit beginnt *Kevin Stenson* in einem Beitrag, in dem er wie Jessop, Clarke und anschließend auch Krasmann an die Studien zur Gouvernementalität anknüpft. Wie Clarke kritisiert er deren Perspektive als latent programmanalytisch verkürzt. Im

Unterschied zu Clarke sieht Stenson aber in einer explizit politisch-ökonomischen Erweiterung die Möglichkeit der Etablierung einer realistischen, und insofern angemessenen Gouvernementalitätstheorie. Seine Analyse veränderter Regierungsmodi in Großbritannien unternimmt Stenson am Beispiel der sicherheitspolitischen Entwicklungen im Themsetal. Daran macht er sehr deutlich, in welcher Weise Globalisierungsprozesse in der regionalen Ökonomie Einfluss nehmen: Das bestehende Arbeitsplatzangebot hat sich in dieser Region deutlich verschoben, womit große Teile der bisher in traditionelleren Branchen tätigen Arbeitnehmerschaft ausgeschlossen bleibt oder auf die prekäre Beschäftigungsverhältnisse in neuen Dienstleistungsbereichen verwiesen ist. Die damit verbundene verstärkte Deprivation in der untersuchten Region ist allerdings nicht nur das Ergebnis dieser ökonomischen Prozesse, sondern ebenso politisch hausgemacht. Das belegt nicht nur das deutlich reduzierte Regierungsengagement im sozialen Wohnungsbau, so Stenson, sondern vor allem der unterschiedliche Einfluss unterschiedlicher regionaler und kommunaler politischer Kulturen. Zwar lässt sich auch in diesen Regionen eine zunehmende soziale Komplexität und der Verlust bisheriger Vorstellungen nationaler und lokaler Identitäten nachzeichnen, dennoch stellen diese Prozesse keine Determinanten dar. Deshalb müsse genau beobachtet und gerade auch mit Forschungsergebnissen Einfluss genommen werden, in welcher Weise diese Kontexte politisch reguliert werden.

Susanne Krasmann stellt die Veränderungen innerhalb der akademischen Kriminologie an den Beginn ihres Beitrages. Diese wird in wachsendem Maße von einer neuen Fraktion technologisierter Kriminalsachverständiger beerbt. Die historische Pointe dieser Entwicklung ist, dass sich damit die jahrzehntelang geforderte Politisierung der Kriminologie realisiert – allerdings in anderer als der geplanten Form, so Krasmann. Denn mit diesem Prozess verbinde sich keineswegs eine Anerkennung der Kriminalität als grundlegendes soziales Problem. Vielmehr werde der kriminalpolitische Blick auf die sozialen Zusammenhänge erweitert und an vielen Stellen auch verschärft. Das Soziale als zentraler Bezugspunkt der bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Interventionsformen verliert somit tendenziell seine Bedeutung. Der Staat zieht sich immer deutlicher zurück und das Soziale wird verstärkt ökonomisiert. Die Territorialisierungsprozesse als Teil dieser politischen Neuformatierung finden ihren kriminalpolitischen Ausdruck vor allem in den Programmen einer situativen Kriminalprävention. Grund für diese grundlegende Transformation bisheriger kriminalpolitischer Annahmen und Maßnahmen ist nach Krasmanns Einschätzung eine strategische Konfiguration aus neoliberaler ökonomischer Theorie, politischen Konzepten, einer zu-

nehmenden Kommodifizierung der Kontrolle und den genannten situationsorientierten Präventionsansätzen.

Auch *Timm Kunstreich* und *Michael Lindenberg* stellen in ihrem Beitrag die territorialisierte Neujustierung von Sicherheitspolitiken auf kommunalem Niveau in den Mittelpunkt. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist das Phänomen, dass zwar auch in bundesdeutschen Zusammenhängen eine deutliche Verschiebung sicherheitspolitischer Strategien zu beobachten ist: Sicherheit im Sinne einer Existenzsicherung und im Sinne einer Erwartungsgewissheit wird zugunsten der Sicherheit im Sinne der Unverletzlichkeit von Körper und Eigentum immer weiter ausgeblendet. Zugleich zeige sich in den neuen kommunalen Sicherheitsarrangements, wie den implementierten kommunalen „Sicherheitskonferenzen“ keineswegs per se eine entsprechende thematische Konzentration. Hier spielt die Sicherung der Lebensqualität und die soziale Sicherheit in den geplanten Projekten und Maßnahmen weiterhin eine große Rolle. Allerdings setzen sich diese thematischen Ausrichtungen nicht durch. Wie sich in den kommunalen Kämpfen um die Verhinderung oder Stärkung der Territorialisierungsstrategien schließlich doch ein verengter Sicherheitsfokus dominieren kann, illustrieren Kunstreich/Lindenberg am Beispiel der Stadt Hamburg. Damit können sie deutlich machen, dass sich Reduzierung von Sicherheit auf Kriminalität und Sauberkeit zwar in den letzten Jahren zu einem hegemonialen politischen Deutungsmuster entwickelt hat, das aber vor allem in kommunalen Machtkämpfen immer wieder neu durchgesetzt werden muss. Diese kontinuierlichen Auseinandersetzungen eröffnen oppositionellen Akteuren damit die Möglichkeit, anti-hegemoniale Positionen zu besetzen. Dies belegen im Fall Hamburg, so Kunstreich/Lindenberg, historische Beispiele, wie der erfolgreiche Kampf gegen die geschlossene Unterbringung im Feld der Erziehungshilfen in den 1980er Jahren.

Daniel Gilling untersucht in seinem Beitrag die seit den 1990er Jahren zunehmend territorialisierte Kriminalprävention als neue Form der britischen Sicherheitspolitik. Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist seines Erachtens der 1998 unter New Labour in Kraft getretene Crime and Disorder Act. Mit diesem werde insofern eine communitybasierte Territorialisierung der Sicherheitspolitik vollzogen, als dieser die Zusammenarbeit der „verantwortlichen Behörden“ in neuen Partnerschaften zur „Reduzierung von Kriminalität und Unordnung“ festlegt. Die Umsetzung dieses Programms erweist sich zwar als keineswegs gradlinig, wie Gilling vor allem mit Bezug auf die geforderte Rücksprache zwischen den neu eingerichteten Partnerschaftsräten (CDRP) und den jeweiligen Communities verdeutlicht. Dennoch sieht

Gilling in der zu beobachtenden kommunitaristischen Rejustierung der Kriminalprävention, wie sie New Labour gegenüber den autoritär-populistischen Formen des Law and Order der konservativen Vorgängerregierung bevorzugt, keine wirkliche Abkehr von zentralistischen Kontrollprogrammen. Ganz im Gegenteil deutet vieles darauf hin, dass die kommunale Sicherheitspolitik auf das Modell der „sozialen Hygiene“ ziele, das heißt auf eine Exklusion der als gefährlich markierten Bevölkerungsgruppen und damit die Herstellung von „gesäuberten“ Territorien.

Mit ihrem Beitrag eröffnet *Maria Bitzan* den dritten Teil des vorliegenden Bandes, in dem die sozialpolitischen und (sozial)pädagogischen Territorialisierungsstrategien als Form kleinräumiger Neujustierung untersucht werden. Wie Kunstreich/Lindenberg rekurriert sie explizit auf die Herrschaftsdimension dieser Prozesse. Mit Verweis auf die politischen Kämpfe der Frauenbewegung wird diese Tatsache schnell einsichtig, so Bitzan, da diese ins Bewusstsein gerückt hätten, dass Räume immer geschlechtlich, also in diesem Sinne herrschaftlich formiert sind. Diese Einsicht gelte es auch innerhalb der sozialraumbezogenen Strategien und Programme Sozialer Arbeit zu berücksichtigen. Strategien, die zugleich vor der Herausforderung stehen, wie angesichts der Territorialisierung sozialer Probleme noch regiert werden kann und zugleich die subjektiven Handlungspotenziale als Ansatzpunkt dienen können. Bitzan verweist auf die Tradition der in diesem Zusammenhang vernachlässigten gemeinwesen-arbeiterischen Konzepte, die sich im Unterschied zu vielen aktuellen sozialraumorientierten Vorgehensweisen kontinuierlich damit auseinandergesetzt haben, wie der Zusammenhang zwischen Territorialisierung und subjektiven Zugängen und Nutzungsmöglichkeiten auszuloten ist. Mit Bezug auf empirische Erkenntnisse der Sozialraumnutzung von Mädchen und Frauen aus sozialen Brennpunkten und den sozialraumtheoretischen Hinweisen von Löw und Bourdieu plädiert Bitzan für einen doppelten Blick: Dieser macht es erforderlich, einerseits die Grenzen geschlechterbezogener Analysen zu reflektieren und andererseits Zumutungen und Handlungsstrukturen, die sich aus Erfahrungen als Mädchen oder Frau in Bezug auf soziale Räume erschließen lassen, zu benennen. Eine solche mehrdimensionale Perspektive muss aber im Fall analytischer Zugänge zum Sozialraum eingenommen werden. Dazu bietet sich, so Bitzan, eine Erweiterung des Territoriumsbegriffs an: Territorien könnten im Anschluss an sozialkonstruktivistische Überlegungen als Felder und Milieus verstanden werden und damit verbundene kulturelle Anforderungen immer auch als eine Entlastung der Akteure. In diesem Spannungsfeld habe sich eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit zu verorten.

Raumdimensionen bestimmen auch *Helmut Richter* und *Thomas Coelen* mit Bezug auf Löws Deutungen als Dualitäten von räumlichen Strukturen und raumbezogenen Handlungen. Sie gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Relevanz diese Dualitäten für die Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen haben. Gegen skeptische und kritische Positionen halten sie an der Relevanz der Raumdimension für Verhalten und Identifikation fest. Weder sozialtechnokratische Verformungen der Raumorientierung, wie sie ihre Zuspitzung in der „Volk und Raum“-Ideologie des deutschen Faschismus gefunden hätten, noch postmoderne Deutungen, wie sie mit Verweis auf räumliche Aneignungsprozesse von Jugendlichen nurmehr als fiktiv und symbolisch überformt oder substituiert bestimmt würden, seien überzeugend. Demgegenüber vertreten Coelen und Richter vor dem Hintergrund des von ihnen entwickelten Konzeptes einer Kommunalpädagogik die These, dass der Raum als relationaler Sozialraum eine quasi-anthropologische Grundkategorie darstelle. Deshalb müsse insbesondere die lokale Alltagswelt als Größe zwischen Nachbarschaft und stadtweitem Netzwerk und die hiermit verbundene Ortsidentität grundlegend pädagogische Berücksichtigung finden. Im Anschluss an Jürgen Habermas kommunikationstheoretische Überlegungen ziele eine entsprechende (Kommunal)Pädagogik auf die Herstellung „kommunikativer Macht“ in den lebensweltlichen Bereichen. Pädagogik stellt in diesem Verständnis einen vom Handlungszwang entlasteten Diskurs unter Expertenanleitung dar. Ihr Ziel ist nach Coelen/Richter die lebensweltliche Abstützung der Kommune gegenüber den systemischen Imperativen.

Karin Amos untersucht in ihrem Beitrag das Ghetto als eine sozialräumliche Ausprägungsform prekärer Mitgliedschaft. Anhand der mit den aktuellen Territorialisierungsprozessen verbundenen Kommunikationen und Semantiken zeigt sie am Beispiel der USA, in welcher Form sich in der Rede vom Ghetto unterschiedliche Mitgliedschaftskonzepte vorprägen. Die Rede vom „Ghetto“ als einer Form der Territorialisierung des Sozialen versteht Amos dabei als einen semantischen Kummulationspunkt, um den sich eine ganze Reihe kollektiver Wahrnehmungsmuster begrifflich ranken. In einem ersten Schritt unternimmt Amos in ihrem Beitrag eine begriffliche Vergewisserung zum Mitgliedschaftskonzept anhand zweier einflussreicher Erklärungsmuster: eines differenz- und eines handlungstheoretischen. Daran anknüpfend gewinnt sie im zweiten Schritt durch eine Re-Lektüre von Klassikern der Ghettoforschung eine heuristische Mitgliedschaftstypologie. Dabei erweist sich, dass die zentrale konzeptionelle Bruchlinie zwischen denen bis ans Ende des 20. Jahrhunderts gebrauchten Konzepten des Einwanderer- und Gemeinschaftsghettos und des seither diagnostizierten Hyperghettos zu

ziehen ist. Während erstere immer auf eine Kollektivierung der als problematisch markierten Bevölkerungsgruppen zielten, rückt mit dem letzteren das individuelle Fehlverhalten der fokussierten Gesellschaftsmitglieder in den Mittelpunkt des Interesses. Zentraler Widerspruch der erstgenannten ist die Stratifizierung der US-amerikanischen Gesellschaft entlang der Colorline von „schwarz und weiß“ trotz des formal einheitlichen Versprechens einer staatsbürgerlichen Zugehörigkeit qua Geburt. Dennoch bleibt das nationalstaatliche Einheitsversprechen hierbei zumindest formal aufrecht erhalten. Diese Konfliktlinie breche nun mit der Implementierung des neuen Hyperghetto-Konzepts zunehmend weg – eine Entwicklung, die Amos abschließend am Beispiel der den öffentlichen Schulen zugeschriebenen Rolle illustriert.

Die regulationstheoretische Diagnose eines grundlegenden Formwandels des westlichen Kapitalismus legt auch *Jens S. Dangschat* seinen Überlegungen zugrunde. Seit den 1980er Jahren sei immer deutlicher zu beobachten, dass die Integrationskraft des fordistisch organisierten Arbeitsmarktes und der damit verbundenen keynesianischen Sozialstaatlichkeit nachlasse. Dies führe zu neuen Formen und einem neuen Ausmaß an sozialer Segregation, die sich gerade in den Städten manifestiere. Das Problem räumlicher Segregation wird damit zu einer immer dringlicheren politischen Herausforderung. Für eine analytische Kontextualisierung dieser Segregationsprozesse geht Dangschat eine Reihe vorliegender deutsch- und englischsprachiger Studien zur Segregationsforschung durch und weist auf einige Reduktionismen hin, die dabei immer wieder auftauchen – nicht zuletzt die Unschärfe in der Bestimmung dessen, was als Quartiers- oder Nachbarschaftseffekt bestimmt wird. Entscheidender noch scheint Dangschat aber die Erweiterung der Perspektive von der räumlichen Segregation als Problemfokus hin zu den Stärken und Entwicklungschancen der benachteiligten Wohnareale. In Europa sei seit einigen Jahren ein richtiger Trend hin zu einer vielfältigen Intervention in die sozialen Brennpunkte auszumachen. Diese nahräumlichen Regierungsstrategien in Form einer „neuen Stadtpolitik“ und der in diesem Zusammenhang implementierten „area based initiatives“ werden auf allen Politikebenen propagiert und als innovative Lösung vermittelt. Innerhalb der Sozialwissenschaften, unter Sozialarbeitern, von Sozialpolitikern und natürlich auch von den beteiligten Quartiersmanagern würden diese Strategien auch häufig begrüßt – allenfalls würden zu knappe Mittel und zu kurze Zeitrahmen kritisiert. Um die mit diesen neuen politischen Interventionsmaßnahmen durchaus verbundene Gefahr einer erneuten sozialen Schließung möglichst zu vermeiden, müssen, so schließt Dangschat seine

Überlegungen, arealübergreifende Beziehungsstrukturen aufgebaut werden, um Verständnis für die soziale Lage der „Anderen“ zu wecken.

Kommunale Sozialberichterstattung ist selbst Ausdruck einer „Territorialisierung des Sozialen“, nämlich des Bedeutungszuwachses kommunaler Sozialpolitik im bundesdeutschen Sozialstaat. Diese Territorialisierung sei, so schreibt *Peter Bartelheimer* in seinem Beitrag, gerade von den Auftraggebern im Feld Sozialer Arbeit auch selbstverständlich gewünscht. Allerdings verbänden gerade diese Akteure damit eine reduzierte Vorstellung des sozialen Raums als eindeutig kartografisierbarer räumlicher Einheit. Damit werden diese Deutungsmuster allerdings in keiner Weise einem sozialwissenschaftlichen Konzept des sozialen Raums gerecht. Raum wird zu einem Kleiderbügel, auf den praktisch jede konzeptionelle Textile passt, und demgegenüber wäre es bereits ein Erfolg, wenn nicht politische Gebiets-einheiten oder Interventionsräume ohne weiteres als Sozialräume verstanden würden. Ziel lokaler Sozialberichte ist nach Bartelheimer nicht zuletzt der Aufbau eines Instruments zur Dauerbeobachtung des sozialräumlichen Gefüges einer Stadt oder Gemeinde. Ein solches sozialräumliches Stadtmonitoring erfordert den Aufbau einer kleinräumigen statistischen Datenbasis, die regelmäßige Dokumentation von Schlüsselindikatoren und die Entwicklung einer datengestützten Typologie städtischer Teilgebiete. Beim Aufbau eines solchen sozialräumliches Stadtmonitoring sind allerdings vier systematische Probleme zu beachten und zu bearbeiten: die Bestimmung einer sozial sinnvollen Gebietsgliederung, die Auswahl weniger trennscharfer Indikatoren, die Typisierung von Quartieren und ihre Beschreibung auch mittels qualitativer Daten – Bewohner und Fachkräfte Sozialer Arbeit sollten dabei möglichst als „Experten“ ihrer Quartiere beteiligt werden.

Walter Lorenz Einschätzung der nahräumlichen Regierungsstrategien in den Feldern Sozialer Arbeit ist skeptischer. Seinem Beitrag stellt er die globalisierungstheoretische Annahme einer fundamentalen Veränderung sozialer Zusammenhänge voran. Identitätskonstruktion werde für die Einzelnen in der neuen Spannung von gegebenen, neu-standardisierten und temporären Angeboten mehr und mehr zu einem kontingenten subjektiven Wahlakt. Soziale Arbeit stellt sich im Globalisierungsprozess mindestens eine doppelte Herausforderung. Zum einen bringe das neue Subjektivitätsprogramm der Eigenverantwortung Soziale Arbeit in ein systematisches Dilemma, da dieses Programm eine Subjektorientierung propagiere, die mit ihrer Zielsetzung der Freisetzung „freier“ Akteure in einem Spiel des „freien“ Marktes der sozialpädagogischen kontrafaktisch gegenüberstehe. Doch nicht nur das. Klienten, denen es möglich ist, die neue Konsumentenrolle auch einzunehmen, formu-

lieren nun auch eindringlicher ihre Wünsche. Und zum anderen stehe die örtliche Verortung Sozialer Arbeit, die im wohlfahrtsstaatlichen Kontext immer eine nationalstaatliche war, zur Diskussion: Nicht mehr die Zugehörigkeit zur nationalstaatlichen Gemeinschaft, sondern diejenige zum Markt wird zum zentralen Strukturierungsprinzip. Ihr starkes Postulat zur Subjektorientierung führt Soziale Arbeit daher allzu leicht zu einer affirmativen Interpretation möglicher Freisetzungsprozesse, so warnt Lorenz, bei der sie dessen exkludierenden Anteile übersehe. Denn die gegenwärtige Festschreibung von marginalisierten Gesellschaftsmitgliedern auf ihre „persönlichen Eigenarten“ werde gerade durch die sozialen Dienste häufig reproduziert. Will Soziale Arbeit nicht in diese Falle tappen, stellt sich ihr die – historisch bisher immer vernachlässigte Aufgabe – einer expliziten sozialpolitischen Verortung.

Mit dieser Handlungsaufforderung an die Akteure in den Feldern der Sozialpolitik schließt Lorenz nicht nur den Band, sondern nimmt den systematischen Faden auch nochmals auf, den die Eröffnungsbeiträge auslegen: unter anderem Jessop und Clarke identifizieren die Territorialisierung als strategische Neujustierung und damit immer als Frage konkreter politischer Verortungen. Diese können die Akteure in den Feldern nur auf Kosten einer affirmativen Anpassung an die hegemonialen Territorialisierungsprozesse verweigern. Um dieses nicht nur zu verhindern, sondern eine kritische Positionierung zu ermöglichen, ist eine systematische Problematisierung der aktuellen Territorialisierungsprozesse als Regierung über soziale Nahräume vonnöten. Dazu möchte dieser Band einen Beitrag leisten.

Für die sozialpolitischen Akteure, wie die Soziale Arbeit, stellt sich daher im Kontext der aktuellen kleinräumigen Re-Formatierung des Sozialen eine doppelte Aufgabe, so lässt sich zusammenfassend formulieren. Erstens ist die (Re-)Territorialisierung des Sozialen in ihrem aktuellen Format einer Regierung über soziale Nahräume als (vor)herrschende politische Strategie systematisch wahrzunehmen. Nur auf Basis einer solchen Kontextualisierung ist – zweitens – eine professionelle Positionierung in der alltäglichen Arbeit am Sozialen, das heißt eine bewusste und geplante (Mit)Gestaltung dieser Strategien durch Sozialpädagoginnen, Stadtplaner, Quartiersmanagerinnen oder Gemeinwesenarbeiter möglich. Eine derartige politische Einmischung macht immer eine Wirkungsprüfung entsprechender Interventionen am Grad der mit ihnen erreichten Erweiterung und Eröffnung von Handlungsoptionen für die direkten Nutzerinnen und Nutzer erforderlich. Andernfalls setzen die beteiligten Akteure den Anspruch auf soziale Teilhabeermöglichung und -sicherung aufs Spiel. Eine systematische Kontextualisierung der beschriebenen territorialisierenden Regierungsweisen, wie sie mit den vorliegenden

Beiträgen möglich wird, ist also insofern konstitutiv, als sie die Voraussetzung dafür darstellt, dass die Akteure eine affirmative Anpassung an die vorherrschenden Territorialisierungsprozesse möglichst vermeiden. Prozesse, die häufig eher zum Nachteil vieler Nutzerinnen und Nutzer sind, wie die Autorinnen und Autoren an vielfältigen Beispielen aus dem britischen, dem bundesdeutschen und dem US-amerikanischen Zusammenhang verdeutlichen.

Der vorliegende Band schließt somit eine systematische Lücke innerhalb der aktuellen sozialwissenschaftlichen wie sozialpolitischen und sozialpädagogischen Diskussionen und legt zugleich die Basis für eine Weiterentwicklung sozialpolitischer und (sozial)pädagogischer Interventionsformen.

Dieser Band wäre ohne die gekonnte Formatierungsarbeit von Veronica Horbach (Bielefeld) und die kenntnisreichen Übersetzungstätigkeiten von Holger Ziegler (Münster) und Britta Schumacher (New York) nicht realisierbar gewesen. Dafür sei Ihnen an dieser Stelle herzlich gedankt.

Bielefeld im November 2006
Fabian Kessl & Hans-Uwe Otto

Literatur

- Candeias, M. (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg.
- Castel, R. (1995/2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Elias, N. (1976/1990): Über den Prozeß der Zivilisation: soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band 2: Wandlungen der Gesellschaft; Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt a.M.
- Evers, A. & Nowotny, H. (1987): Über den Umgang mit Unsicherheit: die Entdeckung der Gestaltbarkeit. Frankfurt a.M.
- Ewald, F. (1986/1993): Der Vorsorgestaat. Frankfurt a.M.
- Fach, W. (2003): Die Regierung der Freiheit, Frankfurt a.M.
- Foucault, M. (1979/2004): Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt a.M.
- Hardt, M. & Negri, T. (2000/2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a.M. & New York.
- Krasmann, S. (2003): Die Kriminalität der Gesellschaft: zur Gouvernementalität der Gegenwart. Konstanz.

- Pankoke, E. (1970): *Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik. Grundfragen der deutschen „Socialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert.* Stuttgart.
- Preuß, U.K. (1990): *Verfassungstheoretische Überlegungen zur normativen Begründung des Wohlfahrtsstaates.* In: Sachsse, C., Engelhardt, H.T. (Hg.): *Sicherheit und Freiheit: zur Ethik des Wohlfahrtsstaates.* Frankfurt a.M.: 106-132.
- Reutlinger, C. (2001): *Unsichtbare Bewältigungskarten von Jugendlichen in gespaltenen Städten. Sozialpädagogik des Jugendraumes aus sozialgeographischer Perspektive.* TU Dresden (Dissertationsschrift).
[Quelle:<http://hsss.slub-dresden.de/documents/10148915210462341/1014891521046-2341.pdf>]
- Rose, N. (1996): *The Death of the Social? Refiguring the Territory of Government.* In: *Economy and Society*, 25. Jg., Heft 3: 327-356.
- Sennelart, M. (2004): *Situierung der Vorlesungen.* In: Foucault, M.: *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung.* Frankfurt a.M.: 527-57.
- Schui, H. & Blankenburg, S. (2002): *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis.* Hamburg.
- Weber, M. (1921/1980): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundrisse der verstehenden Soziologie.* Tübingen.

Teil I

Politiken der Räumlichkeit.

Von der territorialen Neuprogrammierung des Sozialen

Bob Jessop

Raum, Ort und Maßstäbe. Territorialisierungsstrategien in postfordistischen Gesellschaften¹

In den meisten, wenn nicht in allen fortgeschritten-kapitalistischen Gesellschaften, sind Wirtschafts- und Sozialpolitik wie Soziale Arbeit grundsätzlichen Umstrukturierungen und strategischen Neuorientierungen unterzogen worden. Diese Veränderungen betreffen zentrale Aspekte des Verhältnisses von Staat und institutioneller Ordnung und des Verhältnisses von Staat und Lebenswelt. Zu nennen sind dabei vor allem veränderte Formen und Funktionen politischer Repräsentation, interner Organisation und der Intervention. Außerdem eine veränderte Ausrichtung, Zielsetzung und Veränderung der Maßstäbe politischer Entscheidungsprozesse. Und mit diesen Veränderungen werden zu ihrer Rechtfertigung und Legitimation neue ökonomische, soziale, politische und moralische Visionen formuliert.

Im vorliegenden Beitrag werden die räumlichen Aspekte dieser komplexen Transformation in den Blick genommen und einige der damit verbundenen zentralen Tendenzen kommentiert. Damit soll weder unterstellt werden, dass diese räumlichen Dimensionen notwendigerweise wichtiger sind als andere Aspekte der untersuchten Veränderungsprozesse, noch basieren die folgenden Ausführungen auf einer Vorstellung räumlichen Fetischismus, das heißt der Idee, einem physischen „Raum in sich selbst“ müsse eine besondere ursächliche Macht zugesprochen werden. Vielmehr sollen im Folgenden räumliche, räumlich bedingte und räumlich relevante Aspekte dieser Veränderungsprozesse dahingehend identifiziert und untersucht werden, inwieweit sie mit anderen relevanten Merkmalen der aktuellen Transformation von Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenhängen und übereinstimmen.

Auch wenn Wirtschafts- und Sozialpolitik auf diskursiver wie materieller Ebene immer enger miteinander verknüpft werden, liegt der zentrale Fokus meiner Ausführungen auf der Reflexion sozialpolitischer Aspekte. Dazu stelle ich vier Themenbereiche in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen:

1 Die regelmäßigen Diskussionen mit Neil Brenner, Martin Jones, Margit Mayer, Jamie Peck, Adam Tickell, Ruth Wodak und verschiedenen Teilnehmern der Bielefelder Spacing-Konferenz haben zur Erstellung dieses Beitrags Entscheidendes beigetragen.

erstens die Komplexitäten von Raum, Ort und Maßstab als Dimensionen sozialer Handlungen sowie die Probleme, die diese (und andere) Komplexitäten für das Regieren sozialer Probleme aufwerfen; zweitens die Funktion räumlicher Vorstellungen zur Komplexitätsreduktion, das heißt als Grundlage für Versuche, spezifische Objekte, Orte und Subjekte des Regierens benennen zu können; drittens die Bestimmung räumlicher Dimensionen sozialer Probleme und ihr Einfluss auf Sozialpolitik und Soziale Arbeit; und viertens die Formen post-fordistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre Einflüsse auf die Soziale Arbeit.

1. Raum, Ort und Maßstäbe

Im ersten Kapitel werden für eine Rekonstruktion dessen, was in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine „räumliche Wende“ (*Spatial Turn*) genannt wird, einige grundlegende Raumkonzepte vorgestellt. Damit wird eine Einschätzung der theoretischen und praktischen Relevanz dieser Konzepte für die verschiedensten Bereiche Sozialer Arbeit möglich. Als übergeordnetes Konzept bezieht sich Raum auf sozial produzierte Raster und Horizonte sozialen Lebens und hat topographische, topologische und soziale Dimensionen. Räumliche Anordnungen eröffnen Möglichkeiten ihrer selektiv-strategischen Nutzung, indem soziale Beziehungen über topographische, topologische und soziale Räume ausgedehnt, komprimiert oder auch Seite entwickelt werden können. Räume lassen sich auf dreifache Weise analysieren: als räumliche Praktiken, konzeptuelle Darstellungen und alltägliche Erfahrungen von Raum (vgl. Lefebvre 1991: 33, 38-39, 40).²

Alle drei Perspektiven sind für den hier gewählten Ansatz von großer Bedeutung. Denn erstens soll es darum gehen, tatsächliche Praktiken in den Blick zu nehmen (insbesondere den Konflikt zwischen den abstrakten Ideen von Zeit und Raum, der rationalen Logik kapitaler Akkumulation bzw. administrativen Kalkulationen und den konkreten alltäglichen Erfahrungen von Zeit und Raum an speziellen Orten). Zweitens sollen die veränderten

2 Lefebvres Semantik und seine Differenzierungen sind inkonsistent: manchmal bezieht er sich auf konkrete Räume, auf Darstellungen von Räumen oder darstellerische Räume und manchmal auf die wahrgenommenen, erdachten und gelebten Räume. Manches Mal ordnet er jedem dieser Typen spezifische intellektuelle Praktiken zu. Mir geht es im vorliegenden Text um ihre allgemeinen Auswirkungen.

sozialen Auffassungen oder Repräsentationen von Raum sowie ihre Auswirkungen auf das räumliche Verständnis von sozialen Problemen beleuchtet werden. Und drittens geht es um die individuell erlebten Erfahrungen an spezifischen Orten, die durch die Soziale Arbeit fokussiert werden.

Allgemeiner formuliert könnte man sagen, Raumproduktion und –institutionalisierung erzeugen immer auch Kampf und Widerstand: Auch wenn spezielle räumliche Arrangements im Alltag zur Normalität geworden sind, können sie durch Krisen, Kämpfe oder erhebliche Veränderungen kollektiver und individueller Bedingungen und Erfahrungen durchbrochen und zerstört werden. Dies ist insofern von großer Bedeutung, da sich fortgeschrittene Formen der Marginalität und sozialer Ausgrenzung auf ganz bestimmte Gegenden konzentrieren, neue Formen sozialer Brüche und Entfremdungen produzieren und dementsprechend neue Ansätze entwickelt werden, soziale Probleme zu charakterisieren (vgl. Wacquant 1997; Social Exclusion Unit 1998; Deutsches Institut für Urbanistik 2003).

Orte bestehen aus mehr oder weniger begrenzten Gebieten, in denen sich Face-to-Face-Beziehungen zwischen Individuen oder andere Formen des direkten Aufeinandertreffens von einflussreichen sozialen Kräften realisieren. Meistens sind diese sehr eng an das alltägliche Leben gebunden und weisen eine zeitliche Dimension auf, da sie mit kollektiven Erinnerungen und sozialen Identitäten verknüpft sind. Die Benennung, Abgrenzung und Bedeutung von Orten ist immer umstritten und veränderbar, was besonders während Perioden rapider Veränderungen und sozialer Unterbrechungen sehr deutlich wird. Orte und Plätze umrahmen und enthalten aber nicht nur soziale Beziehungen, sondern verbinden diese oft auch mit anderen Orten und Plätzen. Die Koordinaten jedes einzelnen physischen Raumes können tatsächlich mit einer Vielzahl von Orten verbunden werden, die ganz unterschiedliche Identitäten, räumlich-zeitliche Grenzen und soziale Bedeutungen aufweisen. Gerade diese Dimension ist für die Soziale Arbeit von immenser Bedeutung, weil die Handlungsvollzüge Sozialer Arbeit ortsspezifischer und ortsgebundener sind als dies für andere Formen der Sozialpolitik gilt. Wie wir sehen werden, sind die gegenwärtigen Maßnahmen einer „raumbezogenen“ Sozialen Arbeit verknüpft mit erheblichen Änderungen der Benennungen, der Begrenzungen und der Bedeutungen derjenigen Orte, an denen sozialpädagogische Maßnahmen ihre Anwendung erfahren. Besonders deutlich wird dies im Zuge der Entstehung von Diskursen und Vorgehensweisen, die sich mit sozialer Ausgrenzung, sozialem Kapital und dem Aufbau von spezifischen lokalen Potenzialen beschäftigen (vgl. Ziegler/Abeling 2004; Kessl/Otto 2004).

Skalen (*Scales*) wurden als verschachtelte Hierarchien begrenzter Räume verschiedener Größe definiert, beispielsweise lokaler, regionaler, nationaler

oder globaler Räume (vgl. Delaney/Leitner 1997: 93; zur Kritik und im Überblick Howitt 2003). Wir können nicht davon ausgehen, dass ein einzelner, übergeordneter Punkt existiert, an dem die verschiedenen Skalenhierarchien gipfeln – zum Beispiel ein souveräner Weltstaat. Vielmehr erscheint es einsichtig, verschiedene Maßstäbe anzunehmen, die miteinander verschränkt sind (so dass durchaus vorhandene dominante Skaleneinheiten nicht unbedingt gleichzeitig an der Spitze zu finden sind) und im Großen und Ganzen identisch sind (so dass die dominanten Maßstäbe nicht alle auf demselben Level liegen, auch wenn die Anzahl und Gruppierungen der Skalen, was unwahrscheinlich ist, dieselben wären). Die möglichen Skalen und zeitlich-bedingten Handlungsaspekte, welche unterschieden werden können, sind immens. Das führt dazu, dass bestimmte Skalen als dominant oder marginal oder als Knotenpunkt ausgewählt oder institutionalisiert werden (siehe unten). Wie alle anderen soziale Institutionen und Praktiken wurde auch die Soziale Arbeit immer schon in unterschiedlicher Weise skaliert: auf der Ebene des individuellen „Körpers und Geistes“, auf der Ebene der Familie und der Haushalte, auf der Ebene spezifischer, institutioneller Orte – jeder wiederum mit seiner eigenen Räumlichkeit -, die sich auf bestimmten Teilkategorien des „Falles“, des „Klienten“ oder des „Kunden“ beziehen, wie Arbeitshäuser, Psychiatrien, Armenhäuser, Jugendzentren, Obdachlosenheime oder Zentren für Drogenabhängige – und schließlich auf der Ebene geographisch definierter Nachbarschaften und Bezirke sowie auf der mehr makrosoziologischen Ebene kommunal-staatlicher, bundesstaatlicher und nationalstaatlicher Einheiten.³ Nichtsdestoweniger können die Maßstäbe Sozialer Arbeit mit der Entwicklung neuer Machttechnologien – materiell, sozial und räumlich-zeitlich – auch verändert werden. Mit diesen können neue konkrete Räume identifiziert und unterschieden werden, welche man als Objekte sozialer Intervention und Regierung konstituiert und unter disziplinäre Kontrolle bringt.

Zwei brauchbare Konzepte spielen in der fortschreitenden Diskussion eine einflussreiche Rolle: erstens die Skalierung von Arbeit und zweitens die Relativierung von Skalen. Die Skalierung von Arbeit beinhaltet eine Verteilung verschiedener Aufgaben und Funktionen auf verschiedene Skalen-

3 Wie Wolf Haag und seine Kollegen schreiben: „Wir verstehen Sozial- und Gesellschaftspolitik, Sozialplanung und Sozialadministration und schließlich (kritische) Sozialtherapie als drei Handlungsebenen der Sozialarbeit, deren Schwerpunkte auf gesellschaftlichen Teilsystemen unterschiedlicher Größenordnung liegen: In der Sozialtherapie geht es in erster Linie um Einzelpersonen, Kleingruppen und Intergruppenbeziehungen; Sozialplanung richtet sich auf soziale Infrastruktur und Institutionen; Sozial- und Gesellschaftspolitik auf Aspekte der gesellschaftlichen Gesamtstruktur (Haag et al. 1973: 173).

einheiten einer vertikalen Maßstabshierarchie – im Gegensatz zu einer räumlichen Arbeitsaufteilung, in der dieselben Aufgaben und Funktionen auf verschiedene Orte derselben Skalenniveaus aufgeteilt sind (vgl. Collinge 1999). Da sich die mächtigsten Institutionen und Akteure nicht unbedingt an der Spitze einer Skalenhierarchie befinden, wie bereits gezeigt wurde, ist es sinnvoll, dominante, marginale und knotenpunktartige Skalen zu unterscheiden. *Dominanz* beschreibt dabei „die Macht, die Organisationen auf einem bestimmten räumlichen Skalenniveau über Organisationen auf einem höheren oder niedrigeren Niveau ausüben können“ (ebd.: 568). Dominanz kann durch die allgemeine Beziehung zwischen verschiedenen Skalierungen als strategisch ausgewähltes Gelände entstehen und/oder durch charakteristische Merkmale, Kapazitäten und Aktivitäten von Organisationen, die auf verschiedenen Maßstabsniveaus lokalisiert sind. Eine Maßstabshierarchie ist immer provisorisch und brüchig, weil sie von spezifischen Bedingungen abhängt und von Veränderungen in der politischen Skalierungsordnung herausgefordert werden kann. *Knotenpunktartige Skalen* sind der primäre Ort, an dem bestimmte Aktivitäten in einer gegebenen räumlich-zeitlichen Ordnung oder Matrix angeboten werden (vgl. ebd.: 569). Während beispielsweise in der fordistischen Periode die Skala des Nationalen für die Regulation in Form wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen bestimmend war, bildete der städtische Rahmen den Knotenpunkt für das Angebot und, so weit es möglich war, die Integration von Schlüsselaspekten in der kollektiven Nutzung und der Sozialpolitik. *Marginale Skalierungen* können als Problemgebiete und Orte des Widerstands Bedeutung erlangen und dann wieder zu Knotenpunkten für mögliche Lösungsangebote alter und/oder neuer Probleme umdefiniert werden.

Mit einem solchen skalentheoretischen Ansatz eröffnen sich interessante Perspektiven für die Forschung. Untersuchungsgegenstände wären dabei die fortwährend umstrittene soziale Konstruktion von Skalenordnungen, die relative Stabilität räumlicher Kategorien wie Ort, Raum und Skala und die damit verknüpften räumlichen Eigenschaften (oder Räumlichkeiten), die Politik einer interskalierten Artikulation und der Umskalierung sowie die Politik des „Skalenprungs“, das heißt eines Wechselns von Skalen, um die Verwirklichung bestimmter Interessen oder Projekte zu blockieren oder zu begünstigen.

Welche Bedeutung diese Unterscheidungen haben, verdeutlicht ein Blick auf den Prozess der Umskalierung, der mit dem Wechsel vom Fordismus zum Postfordismus augenscheinlich geworden ist. Während der drei Nachkriegsjahrzehnte und dem wirtschaftlichen Aufschwung im atlantischen Fordismus (1945-1975) galt der nationale Maßstab als der dominante. Es gab eine sozial-konstruierte Korrespondenz von nationaler Ökonomie, natio-

nalem Staat, nationaler Staatsbürgerschaft und den nationalen Gesellschaften. Makro-soziale Beziehungen wurden vor allem auf dieser Ebene angefochten, Konflikte wurden hier reguliert und Kompromisse hier ausgehandelt. Diese nationalstaatliche Dominanz wurde von verschiedenen internationalen Regimen – typischerweise asymmetrischen – bestärkt, und lokale Staaten funktionierten als Relais oder als Justierungsmechanismus auf dem Mikrolevel für eine Politik, die auf nationalem Maßstab geprägt wurde. In dieser Hinsicht galt Soziale Arbeit während der fordistischen Periode als beispielhaft. Denn sie realisierte im Zuge ihrer Ausführungstätigkeit von national definierten Gesetzen und/oder zulässigen Verantwortlichkeiten umfangreiche lokale Unterschiede. Die Krise des atlantischen Fordismus (vgl. Jessop 2002) entzog der nationalen Ebene allerdings hinsichtlich ökonomischer und politischer Organisation ihre selbstverständliche Dominanz. Dies verursachte eine Destabilisierung der fordistischen Skalierung von Arbeit hinsichtlich der Sicherung ökonomischer, politischer und sozialer Reproduktion (vgl. Collinge 1999; Rose 1996). Weil sich die Dominanz des nationalen Rahmens nicht behaupten konnte, aber auch kein anderer dominanter Maßstab diese ersetzen konnte, kam es zu einer Relativierung von Skalen. Das zeigt sich insbesondere in der Verbreitung neuer Skalierungsideen und -projekte als auch im Kampf um die Besetzung dominanter, knotenpunktartiger und marginaler, aber auch *gegen-hegemonialer* Positionen innerhalb der zunehmend verworrenen Skalenanordnungen. Das Entstehen von Gemeinschaften (*Communities*) ist ein zentraler Aspekt dieses neuen Kampfes. Wie Nikolas Rose anmerkt, „sind Gemeinschaften zu einer neuen *Spatialization* der Regierung geworden: heterogene, mehrfachverbundene Individuen, Familien und andere in konkurrierenden kulturellen Identitäts- und Loyalitätsverbänden“ (Rose 1996: 327). Auch von Seiten der Sozialen Arbeit, von der man erwarten könnte, dass sie streng ortsgebunden bleibt, und diese neue Gemeinschaftsorientierung daher gerne aufnehmen würde, finden sich Aktivitäten, die auf die Entwicklung einer globalen und transnationalen Sozialen Arbeit zielen – einer Sozialen Arbeit, die sich an universellen menschlichen Rechten und/oder an den aufkommenden Schwierigkeiten der Globalisierung orientieren soll (vgl. Khan/Dominelli 2000; Penna et al. 2000). Außerdem wird darauf hingewiesen, dass es im Zuge der Globalisierung immer wichtiger werde, die spezifischen Eigenschaften partikularer Orte und Schauplätze quer zu der großen Auswahl verschiedener ökonomischer und sozialer Maßnahmen zu fokussieren (vgl. Veltz 1996; Amin 2004). Allgemein lässt sich also sagen, dass die entstehende Relativierung von Skalen den Raum für Taktiken einer Zwischen- und Umskalierung vergrößert hat – eine Entwicklung, die sich an den gegenwärtigen EU-Programmen zur sozialen Inklusion illustrieren lässt, wo auf die